

KATJA GLOGER
GEORG MASCOLO

AUSBRUCH

Innenansichten
einer
Pandemie

Die Corona-
Protokolle



PIPER

Katja Gloger
Georg Mascolo
Ausbruch

KATJA GLOGER
GEORG MASCOLO

AUSBRUCH

Innenansichten einer Pandemie

*Mehr über unsere Autorinnen, Autoren und Bücher:
www.piper.de*

Von Katja Gloger liegen im Piper Verlag vor:
Putins Welt
Fremde Freunde
Ausbruch

*Für unsere beiden wunderbaren Töchter.
Wir sind dankbar für ihr Strahlen. Und ihre Liebe.*



MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C014496

ISBN 978-3-492-07091-1

© Piper Verlag GmbH, München 2021

Satz: Eberl & Koesel Studio GmbH, Krugzell

Gesetzt aus der Minion Pro

Litho: Lorenz & Zeller, Inning am Ammersee

Druck und Bindung: GGP Media, Pößneck

Printed in Germany

Inhalt

Ein deutscher Lockdown	7
Die Wahrscheinlichkeit der Unwahrscheinlichkeit	76
Im Zeitalter der Pandemien	98
Schadensvermessung	128
Das frühe Ende der Einigkeit	183
Eine Organisation für die Gesundheit der Welt	208
Der Stoff, aus dem die Hoffnung wächst	225
Außer Kontrolle	247
Und jetzt?	325
Nachwort	331

Ein deutscher Lockdown

Erwachen

Am Rosenmontag des Jahres 2020, es ist der 24. Februar, bittet Jens Spahns Staatssekretär Thomas Steffen um einen eiligen Termin im Bundesinnenministerium. Steffen ist Jurist, im Gesundheitsressort arbeitet er weniger als ein Jahr. Ein Experte für Märkte und Währungen war er lange im Finanzministerium und davor in einer Behörde für Finanzaufsicht. Das Thema Gesundheit ist neu für ihn. Aber Jens Spahn kennt ihn aus gemeinsamen Zeiten im Finanzministerium, er vertraut ihm. So holte er Steffen nach, als er Gesundheitsminister im vierten Kabinett Merkel wurde.

Am Nachmittag lässt sich Steffen die wenigen Kilometer von der Berliner Friedrichstraße zum Innenministerium hinüberfahren. Heiko Rottmann-Großner begleitet ihn, Leiter der Unterabteilung 61: »Gesundheitssicherheit«.

Drei Staatssekretäre von Minister Horst Seehofer warten bereits auf die beiden, dazu weitere Beamte. Kaffee und Wasser stehen auf dem Tisch, als um 17 Uhr die Besprechung im Raum 6.470 beginnt. Spannung liegt in der Luft, eine gewisse Nervosität.

Über das Wochenende waren beunruhigende Nachrichten eingegangen. Dieses neue Virus, das man »Corona-« oder »Wuhan-Grippevirus« nennt, breitet sich immer weiter aus. Aus China kommend hat es Europa weitflächig befallen; von Europa aus gelangte es auch an die Ostküste der USA. Be-

troffen ist vor allem der Norden Italiens, die Lombardei und Venetien: Offenbar konnte sich das Virus dort über Wochen unbemerkt verbreiten. Jetzt sind bereits 130 Infizierte und zwei Todesfälle bestätigt, die Zahlen steigen und steigen. In der Lagunenstadt Venedig wurde der traditionelle Karneval abgebrochen. Während der Mailänder Fashion Week musste Giorgio Armani seine Kollektion ohne Publikum präsentieren, so etwas gab es noch nie. In der Bundesregierung kursiert ein Bericht der deutschen Botschaft in Rom: In manchen Stadtteilen Mailands komme es bereits zu »Hamsterkäufen«, immer mehr Menschen mit Mundschutzmasken seien zu sehen. »Vereinzelt liegen die Nerven so blank, dass es zu fremdenfeindlichen Übergriffen gegenüber Chinesen kommt«, heißt es in der Depesche.

Die österreichischen Bundesbahnen haben den Zugverkehr nach Italien eingestellt. Der italienische Ministerpräsident Giuseppe Conte hat die Abriegelung von elf Städten mit insgesamt 53 000 Einwohnern angekündigt. Notfalls werde er die Armee einsetzen, erklärt Conte.

Droht dies nun auch in Deutschland?

Staatssekretär Steffen wirkt angespannt. Er glaube nicht, dass sich Corona noch eindämmen lasse, bekennt er. Auch die Wissenschaftler des Robert Koch-Instituts seien der Überzeugung, dass die Stufe 1 jetzt an ihr Ende komme. »Stufe 1« bedeutet Eindämmung, die Eingrenzung des Virus: jeden einzelnen Infizierten zu finden, zu identifizieren und gegebenenfalls zu isolieren, dazu alle Kontaktpersonen. Damit für alle anderen das Leben so weitergehen kann wie bisher.

Doch jetzt, erklärt Steffen, gehe es in die nächste Phase, die Mitigation, Schadenminderung. Als die Beamten aus dem Innenministerium wissen wollen, was »Mitigation« genau bedeute, übernimmt Rottmann-Großner. Man müsse die Vorkehrungen dafür treffen, dass es zu Ausgangssperren von unbestimmter Dauer komme. Man müsse auch, wie es später in einem Vermerk über das Gespräch heißen wird, »die

Wirtschaft lahmlegen sowie die Bevölkerung auffordern, sich Lebensmittelvorräte und Arzneimittelvorräte anzulegen«. »Lockdown« wird so etwas bald genannt werden, aber an diesem Rosenmontag wird noch ein anderes Wort verwendet: Es lautet »Abschaltung«.

Mitigation bedeutet Kapitulation. Es ist das Eingeständnis, dass selbst im 21. Jahrhundert nur noch »nicht pharmazeutische Interventionen« helfen. Radikale Maßnahmen also, die man schon vor Hunderten von Jahren gegen Seuchen wie die Pest ergriffen hatte. Sich zurückziehen, Tür zu, Kontakt vermeiden, Abstand halten. Oder wie es der Virologe Alexander Kekulé später sagen wird: »Wir haben es vergeigt, jetzt müssen wir es halt ausbaden.«

Es wird still in Raum 6.470.

Dann ergreifen Hans-Georg Engelke und Markus Kerber aus dem Innenministerium das Wort. Engelke ist der sogenannte »Sicherheitsstaatssekretär«, der Hesse war einmal Staatsanwalt, leitete dann die Abteilung Terrorismusbekämpfung im Bundesamt für Verfassungsschutz. Kerber kommt aus Baden-Württemberg und ist ein politischer Kopf, ein Ziehsohn Wolfgang Schäubles. Der machte ihn während seiner Zeit als Innenminister zum Leiter der Grundsatzabteilung, Kerber organisierte die ersten Deutschen Islamkonferenzen. Später war der Ökonom Hauptgeschäftsführer beim Bundesverband der Deutschen Industrie. Bis Seehofer ihn 2018 überraschend ins Amt holte.

Kerber und Engelke blicken unterschiedlich auf die Welt. Aber nicht auf diese Lage hier. Mitigation – dies werde für die Bevölkerung völlig überraschend kommen. Die sei auf so etwas nicht vorbereitet. Mitigation könne »polizeiliche Lagen« auslösen. Zumindest im Innenministerium weiß jeder, wofür diese beiden Wörter stehen. Im schlimmsten Fall für: Chaos. Mögliche Szenarien machen die Runde. Könnte es zum Sturm auf Tankstellen und Supermärkte kommen?

Die Vertreter des Innenministeriums fordern eine rasche

Entscheidung. Ein Krisenstab soll einberufen werden, besetzt aus Vertretern des Innen- und des Gesundheitsministeriums. So sieht es eine detaillierte sogenannte »Hausanordnung« mit Stand Juni 2018 vor. Das Papier »zur Bewältigung einer großflächigen und national bedeutsamen biologischen Gefahren- und Schadenslage« beschreibt zwei unterschiedliche Szenarien: Bioterrorismus – also einen Anschlag mit Biowaffen – oder eine Pandemie. Auf den ersten Blick scheinen dies zwei völlig unterschiedliche Ereignisse. Aber wie reagiert werden muss, ist in vielen Bereichen gleich: Vor allem das Gesundheitssystem muss in höchste Alarmbereitschaft versetzt werden. In den Registraturen der Abteilungen für Öffentliche Sicherheit sowie für Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz, kurz KM, liegen Dutzende Ordner, Pläne für den Pandemiefall. Viele von ihnen sind als Verschlussachen eingestuft. Niemand hat daran geglaubt, dass sie einmal in Kraft gesetzt werden müssten. Und niemand erwartet an diesem Tag, dass nun, wo der Ernstfall tatsächlich eintritt, einige der dort vorgesehenen Regelungen sehr schnell ignoriert werden.

Ein Krisenstab also. Seine Einberufung wäre das endgültige Eingeständnis, dass man es mit einer wirklich ernsthaften Lage zu tun hat. Selbst im Sommer der Geflüchteten 2015 verzichtete die Bundesregierung auf dieses Instrument, die Krise sollte keinesfalls als Krise wahrgenommen werden. Jetzt wäre mit seiner Einberufung das Ende aller Beschwichtigungen verbunden, den Beschwichtigungen, dass dieses Virus im Grunde doch nicht gefährlicher sei als eine Grippe. Und dass die von Gesundheitsminister Jens Spahn ausgegebene Devise der »wachsamen Gelassenheit« nicht ausreicht. Ganz und gar nicht ausreicht.

Steffen und Rottmann-Großner, so empfinden es die Vertreter des Innenministeriums, reagieren zunächst ausweichend. Dabei ist ihre Prognose völlig zutreffend.

Bereits einen Tag später wird bei einem jungen Mann aus

Baden-Württemberg das Virus diagnostiziert, er war aus Mailand gekommen. Und im Hermann-Josef-Krankenhaus im nordrhein-westfälischen Erkelenz ist ein Mann aus dem Landkreis Heinsberg mit Symptomen einer schweren Lungenentzündung eingeliefert worden. Er ist Immobilienmakler, seine Frau arbeitet in einem Kindergarten. Beide haben an einer örtlichen Karnevalssitzung in Gangelt teilgenommen, inmitten Hunderter anderer Feiernder tanzte der Mann im Männerballett. Vorher war das Paar in Holland, der Mann auch noch zu einer medizinischen Behandlung in der Kölner Uniklinik. Ein Bekannter der beiden, ein Soldat, war mit seiner Familie tagelang in Europas größtem Spaßbad »Tropical Island« nahe Berlin. Es sind Hunderte, womöglich Tausende Kontakte. Das sperrige Wort »Infektionsketten«, es wird auf bedrohliche Art begreifbar.

Am Aschermittwoch, es ist der 26. Februar, tagt der Krisenstab zum ersten Mal. Deutschland ist jetzt offiziell im Krisenmodus.

So endet die Hoffnung, dass dieses Land glimpflich davonkommen könnte, verschont bliebe von diesem kaum erforschten bedrohlichen Virus. Mit dem Rosenmontag des Jahres 2020 beginnt eine Zeit, die eine so gar nicht zum Pathos neigende Kanzlerin die größte »Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg« nennen wird. Und in der in Berlin und in den Landeshauptstädten bislang Udenkbares nicht nur gedacht, sondern auch getan wird.

Tag für Tag, Bereich für Bereich wird das Land nach diesem 24. Februar heruntergefahren. Der pandemische Ausnahmezustand trifft jeden. Wie nie zuvor, seit in Deutschland das Grundgesetz gilt, werden Freiheitsrechte eingeschränkt. Zeitweilig wird das Demonstrationsrecht so stark beschnitten, dass nicht einmal mehr zwei Personen mit sicherem Abstand zueinander ein Plakat in die Höhe halten dürfen. Gebetet wird zu Hause, warmes Essen gibt es in Restaurants nur noch außer Haus. Schulen und Kindergärten werden ge-

schlossen, Kinos und Theater und Clubs. Flugzeuge bleiben am Boden, ein bislang nicht gekannter Einbruch der Wirtschaftsleistung beginnt. Es ist, als bremste jemand in voller Fahrt ein Auto ab. »Dieses Land blutet aus hundert Wunden«, wird diesen Zustand später ein Spitzenbeamter aus dem Wirtschaftsministerium beschreiben.

Bald werden Kinder ihre Eltern noch nicht einmal mehr dann besuchen dürfen, wenn diese im Sterben liegen. Diese Krise wird manche Familien zusammenschweißen und andere trennen. Sie wird zur De-facto-Schließung von Grenzen führen, Existenzen bedrohen, gar vernichten; andere werden aus ihr Profit schlagen.

Bald werden Demonstranten auf Straßen und Plätzen stehen, »Coronaleugner« wird man sie nennen, denn unter ihnen sind viele, die die Gefahr des Virus abstreiten. Selbst dann noch, als im späten Herbst alle zweieinhalb Minuten ein Mensch in Deutschland an der Krankheit stirbt, die man »COVID-19« nennt.

Diejenigen, die jetzt buchstäblich über das Schicksal eines Landes zu entscheiden haben, über Leben und Tod, wird es an die Grenzen von Physis und Psyche führen. Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat nächtelang »schwere Träume«. Ihr niedersächsischer Kollege Stephan Weil sagt: »Ich habe noch nie in meinem Leben Verantwortung so körperlich gespürt.«

Manche Spitzenpolitiker müssen – wie so viele andere auch – um das Leben ihrer Nächsten fürchten. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier etwa: Nachdem er ihr 2010 eine Niere gespendet hat, lebt seine Ehefrau Elke Büdenbender mit einem reduzierten Immunsystem. Sie gehört damit zu einer Risikogruppe. Er muss am Anfang üben, Menschen nicht mehr automatisch die Hand zu geben oder Vertraute zu umarmen.

Stephan Weil wiederum hört jeden Tag, wie lebensgefährlich dieses Virus sein kann. Der Bruder seiner Sprecherin, ein

eigentlich topfitter Sportler, kämpft nach der Rückkehr aus dem österreichischen Skiort Ischgl mit dem Virus. Es geht ihm zwischenzeitlich sehr schlecht.

In der Staatskanzlei in Mecklenburg-Vorpommern hat Ministerpräsidentin Manuela Schwesig bereits vor Monaten ein »Knuddelverbot« erlassen. Abstand halten und häufiges Händewaschen sind für die an Brustkrebs erkrankte SPD-Politikerin und ihre Mitarbeiter unbedingte Pflicht. In Schwerin, so könnte man sagen, gilt Sozialdistanz schon länger als neues Normal.

Und da ist Innenminister Horst Seehofer, der 2002 monatelang unter einer viralen Entzündung des Herzmuskels litt und immer »furchtbare Angst vor den Ultraschallbildern« hatte, wie er einmal dem *Spiegel* anvertraute. Oft wiederholt er diese Sätze: »Der gesunde Mensch hat viele Wünsche. Der Kranke hat nur einen.« Auch aufgrund seiner persönlichen Erfahrungen mit einem Virus, diesem Ausgeliefertsein, wird Seehofer eine harte Linie vertreten und radikale Entscheidungen einfordern: »Ein bisschen weiße Salbe, Trösten und Zuversicht helfen nicht.«

Andere in Berlin und zumindest einigen Landeshauptstädten lässt diese größte denkbare Krise allerdings auch auf den Aufstieg zum Krisenmanager vom Schlage eines Helmut Schmidt hoffen, auf eine steile politische Karriere, vielleicht gar auf eine Kanzlerkandidatur. Die Entscheidung für den Krisenstab ist gerade erst getroffen, da schreiben die ersten Spindoktoren schon E-Mails und SMS an ihre Minister: Nicht vergessen, Krisen sind immer auch eine Stunde der Exekutive!

Wenn Politiker und ihre Spitzenbeamten jetzt neben ständigen Krisensitzungen und einer endlosen Flut von Telefon- und Videokonferenzen noch Zeit zum Joggen finden, hören sie dabei den Podcast eines bis dahin nur der Fachöffentlichkeit bekannten Virologen namens Christian Drosten. Als junger Arzt im Hamburger Bernhard-Nocht-Institut für Tropen-

medizin hatte Drosten im März 2003 mit seinem Kollegen Stephan Günther ein bis dahin unbekanntes Virus aus der Gruppe der Coronaviren identifiziert, Ursache für eine sich rasch ausbreitende Atemwegserkrankung mit erschreckend hohen Todeszahlen, einer Letalitätssrate von knapp 10 Prozent: das SARS-Virus, heute SARS-CoV-1 genannt. Das von ihnen entwickelte Testverfahren trug maßgeblich dazu bei, die Ausbreitung des Virus zu stoppen.

Für »beispielhafte innovative Leistungen bei der Bekämpfung bisher unbekannter Krankheitserreger« hatte die damalige Gesundheitsministerin Ulla Schmidt den beiden Virologen am 19. Dezember 2005 das Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Schon damals war Drosten eine Art Medienstar, wenn auch nur kurz: »Herr Drosten kann heute keine Interviews mehr geben«, fertigte damals der Direktor des Bernhard-Nocht-Instituts die wartenden Journalisten ab, »er muss SARS bekämpfen.«

Für Professor Dr. Christian Drosten, den Mann, der aus hygienischen Gründen das Bier am liebsten nur aus der Flasche trinkt, begann im März 2003 ein steiler wissenschaftlicher Aufstieg, um Coronaviren kreisend, der im Januar 2020 mit der raschen Entwicklung eines Verfahrens zur SARS-CoV-2-Diagnostik in seinem Labor der Berliner Charité seinen vorläufigen Höhepunkt erreichen würde. Nur wenige in der Welt wissen so viel über Coronaviren wie er und sein Team. Auch dafür wird er erneut ausgezeichnet, diesmal mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse. Ein Foto zeigt ihn im Schloss Bellevue. Er trägt Maske.

Wie kaum ein anderer wird Christian Drosten in diesem Frühjahr Gesicht und Stimme dieser Pandemie werden, Gitarre spielender »Star-Virologe« und »Corona-Zar« für die einen; Vertreter einer vermeintlichen »Virologen-Diktatur« für die anderen. Auf Anti-Corona-Demonstrationen wird sein Porträt in gestreifter Gefängniskleidung in die Höhe gehalten werden, darauf nur ein Wort: »schuldig«.

»Aber der Drosten sagt« – diese vier Wörter werden in den kommenden Monaten in vielen entscheidenden Diskussionen eine besondere Rolle spielen. Und vor allem Christian Drosten eine politische Verantwortung aufbürden, die er als Wissenschaftler gar nicht tragen kann. Und nicht tragen darf.

Am 30. Dezember 2019 checkt die New Yorker Epidemiologin Marjorie Pollack nach dem Abendessen ihre E-Mails, sie macht Dienst für ProMED. Über diese Internetplattform der Internationalen Gesellschaft für Infektionskrankheiten tauschen Wissenschaftler, Ärzte und Interessierte weltweit Informationen und Anfragen über Infektionskrankheiten bei Mensch, Tier und Pflanze aus; seit 25 Jahren funktioniert das Netzwerk wie ein informelles globales Frühwarnsystem. Die ersten Meldungen über den Ausbruch der SARS-Pandemie in China 2003 kamen über ProMED; schon damals war von »Lungenentzündungen« die Rede, von geschlossenen Krankenhäusern – und von Toten.

Jetzt liest Pollack von Tweets und Einträgen in den chinesischen Kurznachrichtendiensten, Meldungen aus dem Süden Chinas über gehäuft auftretende »atypische Lungenentzündungen«; über »Cluster«, die mit einem Meeresfrüchtemarkt in der Millionenstadt Wuhan in Verbindung stünden, auf dem auch Wildtiere verkauft würden. All das scheint ihr wie ein Déjà-vu. Als ob sich die Ereignisse von 2003 wiederholten. Um 23:59 Uhr Ortszeit drückt sie auf »Send«: »RFI« steht in der Überschrift unter der ProMED-Archivnummer 20191230.6864153, »Request For Information«. Eine Bitte um weitere Informationen über die Lage in Wuhan. Am frühen Morgen des 31. Dezember ist die ProMED-Mitteilung in Deutschland zu lesen. Auch dpa verbreitet an diesem letzten Tag des Jahres eine knappe Meldung, die aber kaum Beachtung findet. Es gebe da eine »mysteriöse Lungenkrankheit« in China. Staatliche Stellen hätten dementiert, dass es sich um

einen neuen Ausbruch des gefürchteten SARS-Virus von 2003 handle.

So spricht man an diesem Silvestertag 2019 auch im Berliner Robert Koch-Institut (RKI) über die Gerüchte aus China. Für die Wissenschaftler des RKI ist es Routine und Pflicht, solche Meldungen zu prüfen. Die frühe Erkennung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten gehört zu den Kernaufgaben des traditionsreichen Instituts, das bis heute seinen Hauptsitz im Gebäude des ehemaligen »Königlich Preussischen Instituts für Infektionskrankheiten« am Nordufer 20 im Berliner Wedding hat. Samt Mausoleum für Robert Koch, den weltberühmten Mikrobiologen und Entdecker des Tuberkuloseerregers, seine Asche wird in kupferner Urne hinter einer weißen Marmorplatte aufbewahrt. Tradition verbindet sich hier mit Moderne: Im RKI ist eines der nur vier deutschen Hochsicherheitslabors der Stufe 4 untergebracht; hier wird an hochvirulenten Krankheitserregern wie Ebola- oder Lassaviren geforscht. Merkel selbst hatte das Labor mit autonomer Strom-, Wasser- und Luftversorgung 2015 eingeweiht. Und in all die freundlichen Worte über das »Fort Knox des RKI« gepackt, was Kanzlerin und Regierung von den Wissenschaftlern erwarten: »Aber wenn etwas vorfällt, dann will man schnell und unverzüglich absolut präzise Antworten haben.«

So ist es: Die Obere Bundesbehörde hat den gesetzlichen Auftrag, wissenschaftliche Erkenntnisse zu erarbeiten, die als Basis für politische Entscheidungen dienen.

Schnell. Unverzüglich. Absolut präzise Antworten. Das RKI ist so etwas wie ein pandemisches Frühwarnsystem der Politik.

An diesem 31. Dezember 2019 aber bleibt die Lage unklar; nur Gerüchte schwirren; auch aus Genf kommen keine Informationen, dem Hauptquartier der Weltgesundheitsorganisation WHO. Im RKI geht man auseinander, es ist Silvester.

Was sie nicht wissen, ist, dass man in China schon viel

mehr weiß: Einen Tag zuvor, am 30. Dezember gegen 16 Uhr nachmittags, erhält Dr. Ai Fen, Mutter von zwei Kindern und seit neun Jahren leitende Ärztin der Notaufnahme im Zentralkrankenhaus von Wuhan, die Untersuchungsergebnisse eines Patienten, der mit Symptomen einer Lungenentzündung eingeliefert worden war. Tief beunruhigt liest sie den Befund: »SARS-Coronavirus. Die Übertragung findet hauptsächlich über Tröpfcheninfektion statt.« »Mir brach der kalte Schweiß aus, es war sehr beängstigend«, erinnerte sie sich später in einem viel zitierten Interview. Ai Fen – und nicht die chinesische Staats- und Parteiführung – würde entscheidend dazu beitragen, dass die Wahrheit über eine beginnende Pandemie öffentlich wird.

Schon am 22. Dezember hatte einer ihrer Kollegen bei einem wenige Tage zuvor eingelieferten und schwer kranken Patienten das Coronavirus vermutet; der Mann hatte auf dem Huanan-Meeresfrüchtemarkt in Wuhan gearbeitet. Am 27. Dezember ein weiterer Patient, seine Lungen in einem »furchtbaren Zustand«, so Ai Fen. Am 30. Dezember dann der Befund: »SARS-Coronavirus«. Die Ärztin informiert die Abteilungsleitung, noch am Nachmittag schickt sie Kolleginnen und Kollegen über den populären Messengerdienst WeChat ein Foto des Befundes. Um das Wort »SARS-Coronavirus« hat sie mit rotem Stift einen Kreis gezogen. Auch der im gleichen Krankenhaus arbeitende junge Augenarzt Li Wenliang erhält die Nachricht und leitet sie an Kollegen weiter; die wiederum verbreiten sie ihrerseits. Es ist eine medizinische Vorsichtsmaßnahme.

Vertuschung

Noch am Abend des 30. Dezember warnt das Gesundheitsamt der Stadt Wuhan. Nicht die Öffentlichkeit – sondern: die Ärzte. Wer durch solche Informationen Panik in der Bevölke-

rung verursache, werde einer strengen Untersuchung unterzogen. Am 31. Dezember meldet das Gesundheitsamt auf seiner Website 27 Fälle einer »Lungenentzündung unbekannten Ursprungs«. Eine Übertragung von Mensch zu Mensch sei bislang nicht bekannt, heißt es. Dabei wissen es die Ärzte in den betroffenen Krankenhäusern, jeder einzelne ein Frühwarnsystem, längst besser. Auch das Pekinger WHO-Büro registriert diese Nachricht, schickt sie weiter an das zuständige Regionalbüro »West-Pazifik« in Manila, Philippinen. Im Genfer WHO-Hauptquartier wiederum geht eine E-Mail der Infektionsschutzbehörde Taiwans ein. Der demokratische Inselstaat vor der Küste Chinas ist völkerrechtlich nicht anerkannt und nicht Mitglied der Weltgesundheitsorganisation. Auf Drängen und Druck Chinas, das im Rahmen seiner Ein-China-Politik Taiwan als Teil des eigenen Staatsgebietes deklariert, wurde Taiwan 2017 auch der WHO-Beobachterstatus als »Chinesisch Taipeh« entzogen. Für die Behörden Taiwans ist eine einfache E-Mail deshalb eine der wenigen Möglichkeiten, mit der WHO in Kontakt zu treten. Dabei ist man in der Hauptstadt Taipeh über chinesische Realitäten in der Regel gut informiert – Hunderttausende Taiwaner leben und arbeiten auf dem chinesischen Festland, auch in Wuhan.

In der E-Mail vom Silvestertag verweist die Infektionsschutzbehörde Taiwans auf Nachrichten über mehrere Fälle atypischer Lungenentzündung in Wuhan. Von einer möglichen Übertragung von Mensch zu Mensch ist nicht die Rede, wohl aber davon, dass Patienten isoliert worden seien – für jeden Epidemiologen eigentlich ein deutliches Warnsignal für eine Ansteckungsgefahr.

Aus Genf heißt es: Man werde diese Informationen Experten vorlegen. Dabei bleibt es.

Bereits in den ersten Januartagen beginnen auf Taiwan Registrierungen und Fieberkontrollen für Einreisende aus Wuhan. Bald wird auf der Insel der Notfallplan für Seuchenbekämpfung aktiviert. Dazu gehören strenge Quarantäne,

Kontaktnachverfolgung und die dringende Empfehlung, Mund-Nasen-Schutz zu tragen. In den meisten Ländern wird dies nicht weiter zur Kenntnis genommen.

Und so scheinen zu Beginn dieses neuen Jahrzehnts auch für die Deutschen die Probleme zunächst die alten zu sein, sozusagen virusfrei. Im Nahen Osten verschärft sich wieder einmal die Lage, in Australien brennen die Wälder. In Bayern denkt man an die Skiferien, im Rheinland freut man sich auf den Karneval. Und in Berlin fragt man sich immer noch und immer wieder, wie lange diese Große Koalition noch halten wird. Die SPD hat neue Vorsitzende, die CDU de facto keine mehr. Die Aktienmärkte erreichen schwindelerregende Hochstände, das Land bleibt auf Erfolg und Zukunft gepolt. »Die 20er-Jahre«, sagt Angela Merkel voller Zuversicht in ihrer Neujahrsansprache, »können gute Jahre werden.«

Es werden nur 78 Tage vergehen, bis sie sich erneut an die Nation wendet. Ton und Botschaft könnten nicht unterschiedlicher sein: »Seit der Deutschen Einheit, nein, seit dem Zweiten Weltkrieg gab es keine Herausforderung an unser Land mehr, bei der es so sehr auf unser gemeinsames solidarisches Handeln ankommt.«

Am 2. Januar beginnt auch im Bundesnachrichtendienst BND wieder der reguläre Dienstbetrieb, am Morgen füllt sich der riesige Neubau an der Chausseestraße am Rande des Regierungsviertels. Hier ist auch die Abteilung Technik und Wissenschaft untergebracht, kurz TW. In ihr arbeiten Physiker, Chemiker, Biologen und Mediziner. TW ist so etwas wie der wissenschaftliche Dienst des deutschen Auslandsgeheimdienstes.

Mancher im BND nennt die Truppe spöttisch die »Eierköpfe«. TW hat im Kalten Krieg sowjetisches Kriegsgerät analysiert, manchmal waren es ganze Panzer, sie wurden Teil um Teil auseinandergenommen. Auch eine der Gas-Ultrazentrifugen, in denen Pakistan das Uran für seine Atombomben anreicherte, fiel der Abteilung einmal in die Hände.

Anfang der 90er-Jahre war es dem BND sogar gelungen, mithilfe eines russischen Überläufers eine Probe jenen hochgeheimen chemischen Kampfstoffes zu beschaffen, der Jahrzehnte später in der ganzen Welt bekannt werden sollte: Nowitschok, »Neuling«. Das bis dahin unbekannte Gift kam versteckt in einer Pralinenschachtel in den Westen. Mit dem Gift in einer vermeintlichen Parfumflasche versuchten 2018 mindestens zwei Agenten des russischen Militäргеheimdienstes GRU im britischen Salisbury den ehemaligen KGB-Spion und Überläufer Sergej Skripal mit Nowitschok zu ermorden; eine Frau starb, als sie zufällig mit dem Kampfstoff in Berührung kam. Im Spätsommer 2020 wurde auch der russische Oppositionelle Alexej Nawalny im sibirischen Tomsk mit Nowitschok vergiftet, er überlebte wie durch ein Wunder, ausgeflogen in die Berliner Charité.

In die Verantwortung der Abteilung Technik und Wissenschaft fällt aber auch eines der größten Desaster in der Geschichte des BND: Sie vertraute einem irakischen Überläufer mit Codenamen »Curveball«, der behauptete, dass Diktator Saddam Hussein noch immer biologische Massenvernichtungswaffen besitze. Es war eine Lüge. Aber die US-Regierung nutzte sie als eine der Begründungen für den Irakkrieg 2003.

Vor allem seit den Terroranschlägen des 11. September 2001 arbeitet TW eng mit dem Robert Koch-Institut zusammen. Vorrangig geht es um die Abwehr möglicher Terrorangriffe mit biologischen Waffen. Zum Glück hat die Realität in diesem Bereich die in Hollywoodmovies und Büchern ausgebreitete Fiktion – jedenfalls bisher – nie eingeholt.

Unvergessen ist in Berlin die Geschichte, als Ende 2001 vermeintlich mit Anthraxpulver gefüllte Briefe im Innenministerium eingingen. Beim ersten Brief herrschte noch riesige Aufregung. Fehllalarm. Den Inhalt eines zweiten Briefes kippte Minister Otto Schily kurzerhand in die Toilette. Später bekannte er, er wäre sofort zurückgetreten, wenn er falschgelegen hätte.

TW hat noch eine andere, kaum bekannte Aufgabe: Informationen über Infektionskrankheiten zu beschaffen, die Mensch oder Tier treffen könnten. Vor allem über Krankheiten mit pandemischen Potenzial: Erreger, die sich ungebremst über Länder und Kontinente ausbreiten und zugleich ungewöhnlich schwere Erkrankungen hervorrufen.

Immer wieder halten Regierungen Informationen über ausbrechende Infektionskrankheiten zurück, sie vertuschen und lügen. Bei Tierseuchen fürchten sie Schwierigkeiten etwa beim Fleischexport. Geht es um Infektionskrankheiten bei Menschen, fürchten sie um Tourismus, Wirtschaftsleistung und nationales Prestige. Merkel beschrieb dieses Problem in einer Rede vor der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina in Halle im März 2017: »Nun gibt es natürlich so etwas wie eine Scham. Soll ich es, wenn ich in meiner Region eine sich anbahnende Pandemie feststelle, melden und damit sozusagen weltweiten Alarm auslösen mit all den Folgen, die das nach sich ziehen könnte? Soll ich den Mut haben, mich bemerkbar zu machen, um größeren Schaden zu verhindern?«

Vertuschung dieser Art hat eine lange Tradition, einst kannte man dies auch in Deutschland: Aus Angst vor einem ökonomischen Desaster für den boomenden Hafen verschwiegen Hamburger Senatoren 1892 den großen Choleraausbruch mit am Ende Tausenden Toten. Aus Angst, dass die aus dem Hamburger Hafen auslaufenden Auswandererschiffe nicht mehr in den USA anlegen dürften, versicherten sie dem US-Vizekonsul damals sogar ausdrücklich, es gebe keine Cholera in der Stadt.

Vertuscht, verschwiegen, gelogen wird bis heute – und damit ist die Aufgabe von TW umrissen: gesicherte Informationen auch für das RKI zu beschaffen, bevor es womöglich zu spät ist. Allerdings weiß kaum einer im BND, dass es noch eine ganz andere Verbindung zwischen BND und RKI gibt: RKI-Präsident Lothar Wieler und BND-Chef Bruno Kahl sind alte Freunde. Der Tiermediziner und der Jurist kennen

sich seit Studienzeiten, bis heute rudern sie gemeinsam auf dem Wannsee. Achter mit Steuermann. In diesen milden Wintertagen gehen sie mal wieder aufs Wasser. Wieler nutzt die Gelegenheit, um Kahl anzusprechen: »Bitte behalte die Sache in China im Blick.«

Blaupause

An diesem 2. Januar 2020 beginnen die Mitarbeiter der Abteilung Technik und Wissenschaft, den Gerüchten aus China nachzugehen. Man hat hier böse Erinnerungen an die SARS-Pandemie, die um die Jahreswende 2002/2003 in der südchinesischen Provinz Guangdong ausgebrochen war. Bereits im späten Februar 2003 hatten Wissenschaftler in Peking das bis dahin unbekannte Virus als Ursache identifiziert. Doch weder Öffentlichkeit noch WHO wurden informiert; vielmehr über Monate aktiv Informationen unterdrückt, Zahlen manipuliert. Schon damals hatten sich die chinesischen Behörden vor Ort sowie hohe Parteikader und Minister in Peking über entscheidende Wochen in einer Disziplin geübt, die sie auch 2020 ziemlich perfekt beherrschen: die Kontrolle des Narrativs durch Leugnen, Vertuschen und Unterdrückung jeder Kritik. Damals hatten die WHO-Vertreter in Peking über Wochen keine verlässlichen Informationen erhalten. Telefonate wurden abgewimmelt, Briefe nicht beantwortet, Gesprächsanfragen verschoben, das Gesuch einer WHO-Inspektionsreise in die betroffene Provinz Guangdong zwei Monate lang hinausgezögert. Die Regierung weigerte sich sogar, die persönlichen Anrufe der damaligen WHO-Generaldirektorin Gro Harlem Brundtland entgegenzunehmen. »China versäumte es zu warnen, als sich das Virus bereits im In- und Ausland verbreitete«, hieß es später in einem mehr als 300 Seiten langen WHO-Bericht, der sich wie der Countdown einer angekündigten Katastrophe liest.